

Zeitschrift: Frauenbestrebungen
Herausgeber: Union für Frauenbestrebungen (Zürich)
Band: - (1913)
Heft: 6

Artikel: Die Frauen und die politischen Parteien : Referat von Frau Glättli, gehalten an der zweiten Generalversammlung des Schweiz. Verbandes für Frauenstimmrecht in Genf am 17. März 1913

Autor: Glättli
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-326023>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frauenbestrebungen

Organ der deutsch-schweizerischen Frauenbewegung

Herausgegeben von der

„Union für Frauenbestrebungen“

(„Zürch. Stimmrechtsverein“).

Druck und Expedition: Zürcher & Furrer, Zürich I.

Redaktion: Fr. K. Honegger, Tödistrasse 45, Zürich II.

Die „Frauenbestrebungen“ erscheinen je am 1. des Monats und kosten jährlich Fr. 2.50 franko ins Haus. Bestellungen nimmt die Expedition ZÜRCHER & FURRER, Brunngrasse 2, ZÜRICH I, entgegen, sowie jedes Postamt zum Preise von Fr. 2.60.

Inserate: die vierspaltene Petitzelle oder deren Raum 25 Cts., Insertions-Annahme durch die Annoncen-Expedition Keller in Luzern.

Die Frauen und die politischen Parteien.

Referat von Frau Glättli,

gehalten an der zweiten Generalversammlung des Schweiz. Verbandes für Frauenstimmrecht in Genf am 17. März 1913.

Nach den trefflichen Ausführungen der französischen Referentin über das gestellte Thema ist es für mich nicht leicht, Ihnen noch viel Neues zu sagen, dies um so mehr, als ich besonders in bezug auf die Forderung der Neutralität der Vereine auf dem nämlichen Boden stehe, wie Mme. Girardet. Es wäre vielleicht wünschenswert gewesen, wenn das zweite Referat den gegenteiligen Standpunkt eingenommen hätte, doch kann sich ja die andere Meinung in der Diskussion noch geltend machen, und es ist für die Sache nicht ohne Bedeutung, wenn „West- und Ostschweiz“ ganz von sich aus zu denselben Schlüssen gelangten.

Doch bevor ich beginne, lassen Sie mich eine kleine persönliche Erklärung vorausschicken. Ich spreche nicht zu Ihnen im Auftrage eines Vereins oder der deutschsprechenden Mitglieder unseres Verbandes; wollen Sie vielmehr, was ich Ihnen zu sagen habe, als den leicht hingeworfenen Ausdruck von Gedanken auffassen, die sich einer mit lebhafter Anteilnahme für die Frauensache interessierten Beobachterin aufdrängten, und für die sie allein die Verantwortung trägt. Nicht ohne Bangen bin ich der Aufforderung unserer verehrten Präsidentin nachgekommen, mich zu der aufgeworfenen Frage zu äussern, ist es mir doch voll bewusst, dass ich eine ungeübte Rednerin bin. Ferner dürfen Sie von mir keine theoretische, abstrakte Abhandlung erwarten — ich bin keine gelehrte Frau, ich schöpfe mehr aus dem Gefühl als aus dem Wissen, und meine Gedanken sind hauptsächlich dem praktischen Leben entnommen. Doch nun zur Sache.

Oft will es den an den verschiedensten Zielen der Frauenbefreiung Arbeitenden scheinen, als ob es nicht — oder sagen wir — doch etwas gar zu langsam vorwärts gehe, ja, oft empfinden wir es wie einen gewissen Stillstand. Es wurden sogar schon Stimmen laut, welche behaupten, wir hätten bereits erreicht, was möglich sei, ein Mehr wäre vom Bösen! Soviel ist richtig, für die Schulung, Berufsausbildung, Zulassung zum Studium etc, wofür die ersten Kämpferinnen so heiss zu streiten hatten, dafür brauchen wir unsere Kräfte nicht mehr ganz einzusetzen. Wohl haben wir darüber zu wachen, dass uns diese bereits erworbenen Rechte nicht geschmälert werden

(was auch schon probiert wurde); wir haben dagegen die neue Aufgabe, dafür zu sorgen, dass den gewonnenen Kenntnissen ein entsprechendes Arbeitsfeld zur Verfügung stehe. Unsere in vieler Art Fürsorgetätigkeit ausgebildeten Frauen, unsere Doktorinnen aller Fakultäten wollen Arbeit oder Ämter, sie wünschen ihre Studien in der Praxis anzuwenden. Und auf diesem Punkte angelangt, treffen wir grosse Hindernisse. Ich meine nicht die obligaten Vorurteile, nein, die bestehenden Verfassungen lassen nicht ohne weiteres weibliche Angestellte oder Beamte zu, sie sollten zu diesem Zwecke geändert werden. Es gilt als neue Aufgabe der Frauen bei neuen Gesetzen, Verfassungsänderungen, Reglementen scharf darauf zu achten, dass der Anstellung von Frauen Rechnung getragen wird. Wir in Zürich kamen schon oft in den Fall, diesbezügliche Eingaben an die verschiedenen Räte zu richten.

Und noch jedesmal empfanden wir in solchen Momenten unsere Abhängigkeit, unsere völlige Machtlosigkeit besonders stark. Der Erfolg unserer Petitionen hing von allen möglichen Zufälligkeiten ab, und oft fand sich kein Sprecher, der die Interessen der Frauen mit Wärme verfochten hätte. Unwillkürlich drängt es sich einem auf, dass wir hier nicht die nötigen Verbindungen haben mit dem praktischen Leben, dass hier eine Lücke ist, und der Begriff, der uns über diese Lücke helfen soll, der uns aus unserer Isoliertheit befreien kann, ist die gefürchtete, manchmal so übel beleumdete — Politik!

Noch eindringlicher als die Erfahrung mit Petitionen redete zu uns Zürcherinnen der 4. Mai dieses Jahres, jener denkwürdige Tag, wo zum erstenmal das passive Wahlrecht für uns Frauen zur Anwendung kam anlässlich der Erneuerungswahlen der städtischen Schulpflegen. Die Sozialdemokraten nahmen ohne weiteres Frauen auf ihre Listen, es war dies für sie selbstverständlich, da sie ihre eigenen, am Parteileben tätigen Mitglieder nehmen konnten. Die bürgerlichen Parteien wissen nichts von der Mitwirkung der Frau in der Partei; die bürgerlichen Frauen haben sich auch noch nie um die Mitarbeit beworben. Sie legten bis jetzt keinen Wert auf Mitgliedschaft, sondern sie liessen sich's an ihrer Gesinnung genügen. Zum erstenmal vor die Tatsache gestellt, für eine Volkswahl Kandidaten zu portieren, empfanden viele auch zum erstenmal die Haltlosigkeit dieses passiven Verhaltens. Zwei Frauenvereine fanden den Mut, an alle Parteien mit schriftlichen Vorschlägen zu gelangen. Dieselben zu vertreten und zu empfehlen, hatten sie aber keine Gelegenheit, da sie keine

Partei zu ihren Wahlversammlungen eingeladen hatte. Da von keiner Seite Opposition gemacht wurde, und besonders die Führer gern bereit waren, Frauen aufzunehmen, so hatten wir auch da einen verhältnismässig schönen Erfolg. Es wurden fünf Frauen von den bürgerlichen Parteien vorgeschlagen und gewählt und — elf von den Sozialdemokraten. Allerdings wurden in einzelnen Kreisen Vorschläge nicht berücksichtigt, trotzdem es sich um äusserst tüchtige, durch Beruf und Erfahrung für das Amt qualifizierte Persönlichkeiten handelte, und zwar nur deshalb, weil sie keine Freunde in der betreffenden Versammlung hatten, die für sie eingetreten wären.

Und stärker noch als in den ersterwähnten Fällen empfanden wir die Notwendigkeit der sog. Politik — oder eines Anschlusses an die Parteien.

Ich glaube, dass es nicht ganz überflüssig ist, wenn wir uns erst klar machen, was eigentlich eine Partei ist. Parteien sind Interessengemeinschaften. Sie sind die unentbehrlichen Organe, die Wünsche der Masse zusammenzufassen, zu präzisieren und dadurch die Richtlinie zu bestimmen. Es muss ja einleuchten, dass von irgendwo, von einer Stelle, die Parole ausgehen muss, und es darf als Vorzug gedeutet werden, wenn sie von einer wohlgefügtten Organisation ausgeht anstatt von einem anonymen Komitee, von irgendeiner zufälligen Gruppierung. Denn mit der Äusserung des blossen Willens ist es nicht getan; als weitere Aufgabe tritt die Ausführung hinzu, die Kontrolle, die Finanzierung, alles Dinge, welche eine stete Anteilnahme am Leben der Partei bedingen. Wir haben in der Schweiz drei ausgesprochene Parteigruppen, die freisinnig-demokratische, die konservative und die sozialistische. Alle haben ihre sog. Parteiprogramme, d. h. die Richtlinien bestimmt, nach denen im grossen und ganzen gearbeitet wird. Diesen Programmen hätten wir schon längst etwas mehr Aufmerksamkeit schenken sollen, wir werden gleich hören warum.

Welcher Interessengruppe, welcher Partei sollen sich nun die Frauen anschliessen? Da sind viele bereit zu sagen, die Sache ist sehr einfach, schliesst Euch an die Partei, welche das Postulat Frauenstimmrecht auf ihrem Programm hat, und das sind auch bei uns die Sozialisten. Wollten wir diesen Rat befolgen, so würden wir viele Mitarbeitende verlieren, wir würden uns damit die andern politischen Parteien zu Gegnern machen, und das wäre entschieden nicht klug. — Es geht die Meinung, dass der Wert von Parteiprogrammen sehr problematischer Natur sei; sei dem, wie ihm wolle, eine unserer nächsten Aufgaben wird trotzdem sein müssen, dafür zu wirken, dass alle Parteien für die Frauenrechte wenigstens prinzipiell eintreten. Eine jüngere Partei, wie die sozialistische, macht naturgemäss mehr Zukunftsmusik als eine, welche festen Boden unter den Füßen hat und eine sichere Gefolgschaft; freilich sei hier auch angeführt, dass die sozialistische Partei zwei Programme führt: das grundsätzliche und das Aktionsprogramm. So viel mir bekannt ist, steht das Postulat Frauenwahlrecht nur auf dem ersteren. Es wird also erst an seiner Verwirklichung ernsthaft gearbeitet werden, wenn es auf das sog. Aktionsprogramm genommen wird. So wäre also auch hier noch ein Weiteres anzustreben. — Ich vertrete den Standpunkt, dass das Frauenstimmrecht für uns nicht das Endziel, sondern nur das Mittel zum Zweck ist; der Zweck aber ist das volle Bürgerrecht. Darum können wir uns nicht einer Partei verschreiben, auch wenn sie uns schneller zum Ziele führte; zudem ist es mehr als wahrscheinlich, dass eine einzelne Partei das nicht fertig bringen könnte.

Die Frage, wer den Frauen ihre politische Gleichberechtigung geben wird, scheint zur Zeit eine recht müssige zu sein. Und doch, wer sich auf feine Töne versteht, der merkt den Umschwung, der sich auf diesem Gebiete vollzieht, der spürt, wie die Frage sich langsam aber sicher bis in konservative Kreise hinein Bahn gebrochen hat. Ein erfreuliches Beispiel dafür ist die Tagung der eidgenössischen freisinnig-demokra-

tischen Partei, die heute und morgen in Biel stattfindet und an welcher über das Thema der „staatsbürgerlichen Erziehung“ gesprochen wird. Die beiden Referenten Herr Nat.-Rat Prof. Zürcher und Mr. le Conseiller d'Etat Rosier haben Thesen aufgestellt und dieselben vor einiger Zeit publiziert, und da sehen wir bei beiden die Forderung, auch die Mädchen in die geplanten Bürgerschulen aufzunehmen. Es dürfte nicht uninteressant sein zu erfahren, und es erhöht noch die Bedeutung, dass die beiden Redner ganz unabhängig von einander zu dieser Forderung gekommen sind; auch von Frauenseite wurden sie nicht dazu veranlasst. Dasselbe Thema wird übrigens, wie ich aus dem Referat von Mr. Rosier entnahm, von der Société vaudoise des maîtres secondaires anlässlich der im Herbst 1914 in Lausanne tagenden Société pédagogique de la Suisse romande ebenfalls behandelt. Ich bin überzeugt, dass ihm unsere Waadtländerinnen die nötige Aufmerksamkeit schenken werden; überhaupt wird das für uns noch zu sprechen geben, und es wird für die Vereine ein prächtiges Thema sein auch zu Propagandazwecken. Denn es scheint mir kein schlechter Weg zu sein, wenn wir erst nach politischer Reife und dann nach politischen Rechten streben; dass es bei der heutigen männlichen Jugend nicht so ist, soll uns nicht als Muster dienen, auch wird es ja von allen Seiten als Mangel empfunden, und, wie schon erwähnt, sind Politiker und Pädagogen auf Besserung bedacht. — Wenn das Gesagte als ein schöner Schritt vorwärts angesehen werden kann, so dürfen wir uns damit nicht begnügen. Wir müssen darnach trachten, dass nicht nur die Bürgerschule im angedeuteten Sinne ausgebaut wird, sondern dass alle Parteien als weitere logische Folge für die Frauenrechte überhaupt eintreten. Dann wird es uns möglich sein, je nach Neigung oder Erziehung, uns am Parteileben aktiv zu beteiligen, den Männern durch unsere Mitarbeit zu beweisen, dass wir der gleichen Rechte würdig sind. — Auf diesem Standpunkte stehen auch hauptsächlich die Frauen in Deutschland. So sind in Bonn im liberalen Bürgerverein 10% weibliche Mitglieder, wovon zwei sogar im Vorstand. In Mannheim sollen es 50 sein. Von Köln aus wurden gar zwei Frauen als Vertreter zu auswärtigen Parteitagungen entsendet, die national-liberale Partei zählt dort über 250 weibliche Mitglieder. Die fortschrittliche Volkspartei hat in ihrem Programm einen sog. „Frauenparagrafen“ aufgenommen, der lautet: „Erweiterung der Rechte des Erwerbsgebietes der Frauen, Erleichterung der Bildung und Reformen im staatlichen Berechtigungswesen. Aktives und passives Wahlrecht der Frauen für die Kaufmanns- und Gewerbeberichte, Gleichberechtigung in den Einrichtungen der Reichsversicherungsgesetzgebung. Verstärkte Mitwirkung der Frauen auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge und des Bildungswesens, Heranziehung zur Kommunalverwaltung.“ — Wenn auch Verschiedenes vorläufig nicht ausgeführt wird, so können wir dennoch die liberalen Frauen Deutschlands um diesen § 8 beneiden. 1910 noch waren es wenige Hundert und heute sind es unter der Leitung von Helene Lange einige Tausend geworden, die in etwa 60 Städten „Vertrauensfrauen“ haben, welche in ständigem Konnex stehen mit dem Arbeitsausschuss der fortschrittlichen Volkspartei in Berlin. — Auch das Zentrum bemüht sich um die Mitarbeit der Frauen, es sammelte sie schon 1904 im katholischen Frauenbund. Einem Antrag auf der Generalversammlung der Katholiken in Düsseldorf 1908, Frauen als ordentliche Mitglieder aufzunehmen, standen grundsätzliche Bedenken nicht entgegen, nur praktische Erwägungen. Ob die Entscheidung seitdem gefallen, ist mir leider nicht bekannt. Da meine Zeit drängt, so lassen wir's an den wenigen Beispielen genügen. Ich habe mit Absicht keine weiteren ausländischen Parallelen gezogen, da die Verhältnisse bei uns ganz andere sind. In Ländern, wo die Männer selbst noch um neue oder verbesserte Wahlrechte kämpfen, sind Ihnen natürlich alle Mitkämpfer willkommen,

sogar die weiblichen. Unsere fortgeschrittenen politischen Einrichtungen sind für uns Frauen eigentlich eine Hemmung. Unsere Männer besitzen, was sich die andern noch wünschen — wir „nützen“ ihnen also nichts, wenn wir schon mittun — so steht auch hier das Nützlichkeitsprinzip im Vordergrund. Aber wenn die deutschen Frauen schon als Mitglieder in Männerparteien aufgenommen sind, so ist das noch lange kein Grund zu glauben, dass sie dadurch näher am Ziele sind als wir — es ist nur ein Beweis dafür, dass man eher geneigt ist, etwas zu teilen, was man noch nicht hat, als etwas, das man als Alleingut zu betrachten gewohnt ist! — Mit aller Deutlichkeit ist aber wahrzunehmen, dass in Deutschland alle Parteien um die Mitarbeit der Frauen werben, und dass dadurch die Erreichung ihres Zieles durch alle Parteien gefördert wird. Bis jetzt ist mir bei uns ein Fall bekannt geworden, wo in einer ostschweizerischen Stadt die freisinnig-demokratische Partei eine Stimmrechtsvereinigung angefragt hat, ob sie im Dienste der Partei arbeiten würde — letztere würde dann auch die Stimmrechtszwecke des Vereins zu fördern suchen. So verlockend das Angebot war, so hat die junge Verbindung die Anfrage ablehnend beantwortet, in der Erwägung, dass sie mit einem solchen Schritt ihre Kräfte zerzplittere, dass sie sozialistische und katholische Mitglieder verlieren würde, und dass sie vorerst darnach trachten müsse, alle Kreise für die Frauensache zu gewinnen. Und damit, geehrte Versammlung, komme ich auf die grossen Gefahren zu sprechen, die in einer Parteiteilnahme liegen können.

Ist es uns möglich, mit unserer ganzen Kraft der Frauensache zu dienen und doch den Männerparteien zu nützen? Wir haben dafür nur das Beispiel der Sozialistinnen, und das spricht eher gegen eine solche Teilung. Es steht ausser allem Zweifel, und wir alle wissen es, dass viele von ihnen die grössten Verdienste um die Frauen- und Stimmrechtssache haben, und doch muss gesagt werden, dass sie immer, einige Intellektuelle ausgenommen, in erster Linie Parteiangehörige und dann erst Frauenrechtlerinnen sind. Ihre Stellungnahme zu einzelnen Fragen, auch ganz unpolitischer Natur, machen sie immer erst von der Parteiparole abhängig. Der Gedanke liegt nahe, um diesem die Frauensache oft nicht fördernden Verhalten zu entgehen, einfach auch politische Frauenparteien zu gründen. Ich glaube aber, dass man dazu ein entschiedenes Nein sagen muss. Denn dann würden wir ja wieder neben den Männern arbeiten, und wir müssen darnach trachten, miteinander zu schaffen, auf dass wir uns gegenseitig kennen und schätzen lernen. — Es ist denkbar, dass eine solche Trennung später möglich wird, sie aber heute schon zu veranlassen, wäre Torheit, aus Gründen, die Ihnen meine Vorrednerin schon ausgeführt hat.

Nur Mitarbeit in den Männerorganisationen halte ich ebenso nicht für tunlich, weil wir in den Männern in gewissem Sinne (die Anwesenden ausgeschlossen, „sans phrase“) immer Gegner sehen müssen. Was uns Hauptsache ist, kann ihnen nebensächlich vorkommen und umgekehrt, auch bei aller Übereinstimmung der Lebensanschauung. — Ein schneller Rückblick auf die Geschichte lehrt auch, dass sie im gegebenen Moment doch erst für sich sorgen, denken Sie an die französische Revolution. Die französischen Frauen warten heute noch auf die Erfüllung des damals gegebenen Versprechens.

Darum dürfen wir uns nicht etwa verlieren in allgemeinen Parteinteressen, wir müssen einen eigenen festen Standpunkt uns bewahren, wir müssen eigene Vereine haben, die nur für die Fraueninteressen arbeiten. Ich möchte vor allem im schweizerischen Verband gewissermassen einen „Hort“ sehen, wo sich die verschiedensten Geister treffen können zu gemeinsamem Raten und Taten für die Frauensache. Den einzelnen Mitgliedern aber soll es vorbehalten bleiben, in politischen Männerorganisationen aktiv zu arbeiten, um immer Fühlung zu haben und zu vermitteln zwischen allen Parteien und der

Frauenorganisation. — An Orten, wo man noch nicht einmal das passive Wahlrecht hat, soll eine Parteizugehörigkeit unterbleiben bis der Verein erstarkt ist, und bis sich die Notwendigkeit fühlbar macht, wie z. B. in Zürich. — Verehrte Frauen! Mit dem Worte Politik kommt eine neue Aufgabe, kommt ein lauterer Ton in die Vereine als wie bisher. Doch ich bin der Überzeugung, dass dieser Schritt gemacht werden muss, wenn all das Arbeiten und Streben der Frauenbewegung einen Abschluss erhalten soll. Wir dürfen nicht schüchtern sein, wir müssen aus all dem Getanen die Konsequenzen ziehen. Wir müssen in die politische Arena einziehen, wenn wir uns am Kampfe um die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse beteiligen wollen.

Zum Schlusse möchte ich meine Ausführungen noch kurz präzisieren:

1. die Vereine, vor allem der Verband, sollen neutral sein wie bisher;
2. die einzelnen Mitglieder sollen sich an der Arbeit der politischen Parteien beteiligen;
3. dass letzteres möglich wird, soll eine unserer nächsten Aufgaben darin bestehen, dass durch die Anerkennung der Frauenrechtsforderungen in den Parteien unsere Mitgliedschaft möglich wird. Die Sektionen besorgen das kantonal, der Verband bemüht sich um die eidgenössischen Parteien;
4. bei Wahlen und Abstimmungen bildet sich aus Vertreterinnen aller Parteien ein Vertrauensfrauenkomitee, um den feministischen Standpunkt in erster Linie zu wahren.

Geehrte Anwesende: wenn wir nicht ewig Objekt, sondern auch Subjekt der Gesetzgebung sein wollen, so müssen wir den Mut aufbringen, uns mit der hohen Politik anzufreunden. Wer weiss, ob es uns nicht gelingt, aus dem sprichwörtlich gewordenen „politischen, garstigen Liede“ ein melodisches zu machen?! Unsere Bürgertugenden werden sich entwickeln, und die Parteien werden sie bald nicht mehr missen mögen. Vergessen wir aber dabei nicht unsere eigenen ursprünglichen Aufgaben. Betrachten wir alles immer erst vom Standpunkte des Feministen und dann erst vom Parteistandpunkte aus, dann bin ich der Überzeugung, dass unsere Sache durch die Mitarbeit der Frauen in den Parteien nur gefördert werden kann.

II. Generalversammlung des Schweiz. Verbandes für Frauenstimmrecht

am 17. Mai 1913 in Genf.

Wegen Krankheit der Präsidentin übernimmt der Vizepräsident, Herr de Morsier, das Präsidium und verliest den Jahresbericht. Entschuldigen lassen sich der Stadtrat von Genf und die Sektion Aarau. Zu Ehren des eben verstorbenen Prof. Louis Bridel, eifrigen Verfechters der Frauenrechte, erhebt sich die Versammlung.

Die Quästorin berichtet, dass die Rechnung mit einem Saldo von Fr. 48.— schliesst; für Drucksachen wurden Fr. 298.— ausgegeben.

Es wird die Anregung gemacht, es sollte ein Sekretariat geschaffen werden, von wo aus alle Anfragen beantwortet und hauptsächlich jede falsche Nachricht in der Presse richtiggestellt werden könnte; das Sekretariat, mit dem sich auch eine Propagandazentrale verbinden liesse, die für Vortragende zu sorgen hätte, würde durch eine bezahlte Kraft besorgt. Frau Glättli und Fr. Honegger unterstützen lebhaft diese notwendig gewordene Neuschaffung. Fr. Honegger warnt vor sofortiger Abstimmung darüber, bittet vielmehr, die Anregung durch die